

70 Prozent Förderung für Güterterminal

Vorläufiger Bescheid ist eingegangen – Bis zu 10 Millionen Euro Staatsgeld – Planungen müssen reduziert werden

Burghausen. Das Umschlagterminal im Kombinierten Verkehr (KV-Terminal) rückt seiner Verwirklichung einen entscheidenden Schritt näher. Wie Burghausens Bürgermeister Hans Steindl gestern den *Anzeiger* informierte, ist bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Salzachstadt (Wifög) am Mittwoch der vorläufige Förderbescheid für das Millionenprojekt eingegangen. Die Fördersumme wird auf 70 Prozent der baulichen Leistungen festgelegt und das Eisenbahnbundesamt hat die Planungen beschnitten.

Seit Wochen schon wartete man in Burghausen auf den Förderbescheid. Auch der zuletzt avisierte Termin 10. Juni war wieder verstrichen. Doch nun ist das 20-seitige Dokument bei der Stadt eingetroffen. „Man muss zufrieden sein“, sagt Hans Steindl, wenngleich er keinen Hehl daraus, dass er auf die Maximalquote von 85 Prozent gehofft hatte.

Das Güterverkehrsterminal soll im unmittelbaren Umgriff des Industriegebiets Burghausen zwischen dem Alzkanal und der B 20 entstehen. Grundeigentümer ist noch der Freistaat; um den hier wachsenden Bannwald gab es bereits heftige Diskussionen. Die Regierung von Oberbayern hat aber bereits im Raumordnungsverfahren grünes Licht für den Standort erteilt.

Steindl appelliert jetzt an den Freistaat, bei den Grundstückspreisen nicht hoch zu pokern. Schließlich seien diese Ausgaben nicht förderfähig und blieben somit komplett am Bau-



In dem Waldstück hinter Bürgermeister Hans Steindl soll das KV-Terminal entstehen. Der Staat fördert zu 70 Prozent. – F.: Willmerding

herrn hängen. Allerdings hofft Steindl darauf, dass sich der Freistaat auch auf Tauschgeschäfte einlasse. Die Stadt Burghausen habe bereits 10 Hektar gekauft.

Bauen soll das KV-Terminal ein Konsortium, das noch im Spätsommer gegründet werden soll. Neben der Stadt Burghausen haben bereits der Landkreis und die Burghauser Industriebetriebe Wacker, OMV und Borealis ihre Bereitschaft zur Partnerschaft erklärt. Ebenso sollen die beiden Regionalbanken, die Sparkasse Altötting-Mühlendorf

und „VR – Meine Raiffeisenbank eG“ ins Boot geholt werden.

Denn die Region muss für den Güterumschlagplatz Geld in die Hand nehmen. Die 70-prozentige Förderung bedeuten laut Steindl konkret knapp 10 Millionen Euro. Weitere bis zu 5 Millionen Euro müsse man selbst aufbringen, worin auch Planungs- und Grunderwerbskosten enthalten sind, die nicht förderfähig seien.

Damit liegt man aber noch immer unter den eigentlich erwarteten Kosten. Denn das Eisen-

bahnbundesamt hat im vorläufigen Förderbescheid auch festgeschrieben, dass die ursprüngliche Planung eingedampft werden muss: Eine Mengengrenzung auf 48 000 Hübe gegenüber den geplanten 72 000 Hüben ist ebenso festgeschrieben wie die Reduzierung der Gleise auf vier und der Abstellplätze auf zwei. Der Portalkran und die Gleisbeleuchtungsanlage sollen ebenfalls niedriger dimensioniert werden. „Das sind Fachleute beim Eisenbahnbundesamt“, sagt Steindl; deshalb sei diesen zu glauben und Folge

zu leisten. Zumal ein vergrößerter Endausbau noch möglich sei.

Ebenso wie Steindl zeigt sich auch Landrat Erwin Schneider erfreut über den Bescheid – auch wenn er nur aus zweiter Hand, nämlich vom *Anzeiger*, davon erfahren hat. „Der Landkreis ist im Konsortium dabei – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.“ Seitens der Wacker Chemie gab es gestern auf Nachfrage keine Stellungnahme, „weil wir noch keine offizielle Information haben“, wie ein Sprecher des Unternehmens der Heimatzeitung erklärte. – ecs